



Deutscher  
**BundeswehrVerband**

Presseabteilung

PRESSEMITTEILUNG Nr. 05/2015

Berlin, 17. Februar 2015

„Report Mainz“ berichtet über Ausstattungsmängel

## **Wüstner: Ein Befreiungsschlag in Punkto Mangelverwaltung ist unausweichlich!**

**Berlin** – Zu den Recherchen der ARD-Politik-Magazine „Kontraste“ und „Report Mainz“ („Mit Besenstielen ins Manöver“) erklärt der Bundesvorsitzende des Deutschen BundeswehrVerbandes, Oberstleutnant André Wüstner: *„Die Berichterstattung zeichnet – wie zuletzt der Bericht des Wehrbeauftragten – erneut kein gutes Bild von der materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Zwar wurden die beschriebenen Ausrüstungsdefizite behoben, dennoch bleibt die Mangelverwaltung in der Bundeswehr zentrales Thema.“*

Wüstner weiter: *„Spätestens, wenn die ‘Very High Readiness Joint Task Force’, die sogenannte Speerspitze, im zweiten Quartal im Testbetrieb ‘volle Einsatzbereitschaft in fünf Tagen nach Alarmierung’ herstellen muss, wird es deutlicher als bisher sichtbar: Die derzeitige materielle Ausstattung ist bundeswehrweit nicht ausreichend! Dazu kommt: Wenn weiterhin Material aus der ganzen Bundeswehr abgezogen und bei dem Marienberger ‘Speerspitzenverband’ konzentriert wird, bedeutet das für weite Teile der Truppe enorme Einschränkungen im Ausbildungs- und Übungsbetrieb. Bereits jetzt ist der Frust der Truppe aufgrund fehlender Ausstattung und der damit einhergehenden Einschränkungen im Übungsbetrieb enorm.“*

Um die Einsatzbereitschaft im Grundbetrieb sowie Auslandseinsatz sicherzustellen und dauerhaft Verlässlichkeit im Bündnis zu garantieren, seien Änderungen der sogenannten Stückzahlobergrenzen bei Großgerät notwendig. Zudem müssten zusätzlich wichtige Ausrüstungsgegenstände vom modernen Funkgerät bis zur Nachtsehbrille beschafft werden, sagte der Bundesvorsitzende.

Wüstner: *„Die Verteidigungsministerin muss zum Befreiungsschlag ausholen – sonst werden sie die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen zur Reduzierung der materiellen Ausstattung immer wieder einholen. Es kann nur im Sinne der ganzen Bundesregierung sein, die Bundeswehr gerade vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Konflikte wieder in die Vollausrüstung zu führen.“*

Daher sei es gut, dass verschiedene Parlamentarier bereits seit mehreren Wochen darauf hinweisen, dass die Bundeswehr nur zukunftsfähig durch die tiefgreifendste Reform seit Bestehen werden kann, wenn unserer Gesellschaft Sicherheit und Freiheit wieder mehr wert sind, so Wüstner. *„Innere und äußere Sicherheit bleiben auch weiterhin Kern staatlichen Handelns!“*